

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Die Hezhe der „Edlen und Besten“ gegen Freiheit und Fortschritt.

Zu Anfang des Weltkrieges fiel das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Dieses Wort wurde mit Jubel aufgenommen und feierlichst wurde der allgemeine „Burgfrieden“ proklamiert. . . .

Lang, lang ist's her. Gewiß, der „Burgfrieden“ war nicht etwa in der Weise aufzufassen, daß die eine Volksschicht zugunsten einer andern auf ihre Selbstständigkeit und auf ihr Lebensrecht verzichten sollte. Im Grunde galt es nur, einstweilen die inneren Gegensätze ruhen zu lassen und die geeinte Front gegen die Devisenland umringenden Gegner zu wenden. Bei Differenzen im Landesinnern, soweit sie vor allem wirtschaftlicher Natur waren, sollte mit Toleranz verfahren und eine schiedlich-friedliche, möglichst jedem Teile gerecht werdende Einigung durchgeführt werden.

Es sei ohne weiteres zugegeben, daß dies nicht immer gelang und daß manchemal auch schärfere Mittel zur Anwendung kamen. Jedenfalls aber waren die Gewerkschaften im allgemeinen bemüht, im Rahmen der auch von ihnen anerkannten Parole zu wirken, natürlich unter Aufrechterhaltung der Würde und Interessen der Arbeiterschaft.

Dies ging nun vier Jahre lang recht und schlecht. Anders auf dem Gebiete der inneren politischen „Neuorientierung“. Hier versprach man anfänglich dem braven Volke das Blaue vom Himmel. Als es aber zur Tat kommen sollte, da waren selbst die winzigsten Zugeständnisse in freihändlerischer Richtung den Junkern und Schwerindustriellen viel zu viel, und als es gar daran gehen sollte, dem preussischen Volke das gleiche Wahlrecht zu geben, da ging der letzte Rest der Burgfriedlichkeit in die Brüche. Und ein Zetergeschrei entstand, als der § 153 der Gewerbeordnung fiel und als es mit den Arbeitskammern ernst werden sollte. . . .

Heute folgt einer Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse die andere. Da taucht wieder der altberühmte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aus der brüchigen Verfestung empor und mobilisiert die Kriegsmillionäre gegen das arbeitende Volk. Ein sogenannter „Deutschbund“ proklamiert den heiligen Krieg wider „Sozialdemokratie, Ultramontanismus und Judentum“ und kürzlich erschien der „Bund der Kaiserstreuen“ auf dem Plan und forderte zum Kampf für die heiligsten Güter der Nation auf. Nicht etwa gegen die Entente, ach nein, gegen die Volksgenossen im Landesinnern, weil sie politisch anderer Meinung sind als diese patentierten Thronstützen, und weil sie in wirtschaftlicher Beziehung die Ausbeutung des Menschen durch den Privatkapitalismus für einen der wahren Menschlichkeit unwürdigen Zustand halten.

So wird in schwerster Zeit dem dritten Teile der deutschen Volksgenossen, der Sozialdemokratie, von einer ebenso arroganten wie verschwindenden Volksminderheit der Krieg erklärt und dabei (wie es in solchen Fällen noch nie anders war) auch zur Lüge und Verleumdung gegriffen. Der blödeste Unsinn ist gerade gut genug, bei Eröffnung dieser Feldzugskampagne gegen den inneren Feind verzapft zu werden, so der blühende Blödsinn, daß die sozialdemokratischen Arbeiter wöchentlich an ihre Klassen je M. 2,50 zahlten, was im Jahre 65 Millionen Mark ausmache, wozu noch 2400 Millionen Mark kämen, die in Nordamerika gesammelt wurden, „um durch Erregung von Parteidader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu lähmen“.

Man möchte diesem Wortlaut nach beinahe annehmen, daß die 2400 amerikanischen Millionen dem „Bund der Kaiserstreuen“ zugesprochen seien; denn deren Aufruf heißt den darin ausgedrückten Gedanken, „durch Erregung von Parteidader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu lähmen“, wie der Haisischlag das Auge. Aber so ist es nicht gemeint. Diese „Kaiserstreuen“ fühlen sich

eben als patentierte Stützen von Reich, Thron und Altar und ihre haltlosen gemeinen Verdächtigungen richten sich gegen die Sozialdemokratie. Und ein solches Dokument einer überhöhten Hundstagsphantasie haben Generale, Kommerzienräte, Rittergutbesitzer, Fabrikdirektoren und Hof- und Regierungsräte, ja sogar ein ehrwürdiger Pfarrer, ein Verkünder der christlichen Nächstenliebe, mit ihren Namen unterzeichnet. . . .

Welchen Sinn hat nun diese Kriegserklärung? Die Sozialdemokratie hat in diesen Zeiten der großen Not fest zu ihrem Lande gestanden und den Ansturm der Gegner Deutschlands abwehren helfen. Hätte sie es nicht getan, Deutschland wäre längst in diesem ungleichen Kampfe unterlegen. Welchen ersichtlichen Zweck hat also dieser Aufruf und was bezweckt die schon vorher erwähnte Mobilisierung der Kriegsmillionäre unter dem Banner des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie? Arbeiter, merkt es:

Wenn Du für Deine eigene Person die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zwar eingesehen hast, aber trotzdem Deinen Nebenarbeiter dem Verbands nicht schleunigst zuführst, bist Du dann nicht ein recht großer Tor?

Hier handelt es sich weniger um den Kampf gegen den sogenannten Umsturz, hier handelt es sich um den Kampf gegen Demokratie und erweiterte Volksrechte! Hier handelt es sich um die demokratische Welle, die Deutschland von allen Seiten umbrant und die die Reaktionen des Reichsverbandes und des Bundes der Kaiserstreuen mit ihren alten Gebetsprüchlein beschwören möchten! Der inneren „Neuorientierung“ will man zuleibe geben analog dem junkerlichen Ausspruch, daß man diesen Krieg verloren habe, wenn Preußen das gleiche Wahlrecht erhält!

Ihr deutschen Arbeiter, merkt es: Diese Kriegserklärung und Kampfanzeige gilt dem freien demokratischen Wahlrecht, gilt dem freien Koalitions- und Versammlungsrecht der Arbeiterschaft, gilt den Arbeitskammern, gilt jedem sozialen Fortschritt und jedem angestrebten Ausbau in der Sozialgesetzgebung! Und weil die Sozialdemokratie die treueste Sachwalterin und entschiedenste Verfechterin all dieser Forderungen ist, deshalb diese Kampfanzeige gegen die „umstürzlerische, gott- und vaterlandslose“ Sozialdemokratie! Man bemüht das alte demagogische Rezept aus früheren Tagen, um dem Fortschritt und erweiterten Volksrechten den Garaus zu machen! Vor allem möchte man der Gewerkschaft, diesem getreuen Eckhardt der Arbeiterschaft, dazu berufen, deren soziale Lage zu bessern und das Proletariat einer höheren Kulturstufe zuzuführen, auf den Leib rücken und durch die Vernichtung jedes politischen und sozialen Fortschritts die unbeschränkte Herrschaft des Junkertums und der Industriekritter für alle Zeiten verewigen.

Die Aufgabenstellung, die die Arbeiterschaft aus dieser Kampfanzeige zu ziehen hat, ist nicht schwer: Galtet zusammen in Treue und Einigkeit, strebt getreulich für jeden politischen und sozialen Fortschritt, sucht der Freiheit trotz aller Widerstände die Siegesgasse zu bahnen! Agitiert für die Gewerkschaft; denn sie ist euer einziger wirtschaftlicher Hort und Schutz! Sorgt dafür, daß sie gewappnet und im kraftbewußter Stärke euren Gegnern entgegentreten kann! Einem Gegner gegenüber, der unbekümmert um den furchtbaren Kampf an des Landes Grenzen die Kriegsfackel ins eigene Landeslager wirft, geführt keinerlei Rücksichtnahme!

Setzt dieser unberufenen Rücksichtslosigkeit den energischsten Widerstand entgegen! Der Kampfanzeige des Klassenegoismus stellt entgegen den Kampf für Fortschritt und Allgemeinwohl! Und nicht früher darf Friede sein, bis diesen Vertretern einer verführten Reaktion ihre rücksichtslos verteidigten Sonderrechte entzogen sind und auch in Deutschland die politische und wirtschaftliche Freiheit ihren Einzug gehalten hat!

Unsere Lohnbewegungen im ersten Halbjahr.

Während in den Friedensjahren bei den Lohnbewegungen in der Hauptsache mit auf die Verkürzung der Arbeitszeit gesehen wurde, können wir jetzt wahrnehmen, daß vorwiegend die Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt werden. Diese Tatsache findet ihre Erklärung in der im rasenden Tempo vor sich gehenden Steigerung aller Lebensmittel- und Gebrauchsartikelpreise.

Wir hatten bei unserer Erhebung über die Löhne im Vorjahre in den Bäckereien einen Durchschnittslohn von M. 46,59 ohne Kost und Wohnung im Reiche ermittelt. Die weitere Zusammenstellung der Durchschnittslöhne in den Großstadtbezirken zeigt uns eine große Schwankung im Durchschnittseinkommen der in den Bäckereien Beschäftigten. Berlin steht mit M. 64,02 an erster und Waldenburg kommt mit M. 28,40 an letzter Stelle. Daß heute mit einem Einkommen von M. 64 eine Familie sich nicht satt essen kann, braucht nicht näher erläutert werden; denn amtliche Zahlen setzen uns in dieser Hinsicht genügend zur Verfügung. Mit M. 28 aber auch nur einigermaßen menschenwürdig auszukommen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir dürfen nur einen Blick in die Galtverische Statistik zu werfen. Da sehen wir seit unserer letzten Erhebung das Anschwellen der Weiziffer für den wöchentlichen Bedarf der Lebensmittel einer vierköpfigen Familie von M. 54,79 auf M. 57,60. Diese Steigerung von M. 3 bleibt aber gegen die Wucherpreise für Kleider, Wäsche, Schuhe und sonstige Haushaltungsgegenstände noch weit zurück.

Die Berechtigung, höhere Löhne zu fordern, wird daher heute selbst von den verbissensten Reaktionen nicht mehr bestritten. Bei allen Bewegungen konnten wir wahrnehmen, daß sie ohne Arbeitszeinstellungen zum Abschluß gebracht wurden. Streiks waren nicht zu verzeichnen. Selbst zu Vereinbarungen ist es gekommen mit solchen Unternehmerorganisationen, die früher von Tarifen unter keinen Umständen etwas wissen wollten. Die Not lehrte beten und brachte auch die Unternehmer auf den Gedanken, daß man gar nicht besser fahren kann, als mit der Schiffenorganisation Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu treffen. Und so liegt es auch in der Süßwarenindustrie. Der Tarifgedanke bricht sich Bahn, sicher nicht zum Schaden des Gewerbes und der Berufsangehörigen.

Im ersten Halbjahr kamen 43 Lohnbewegungen zum Abschluß. Sie erstreckten sich auf 1040 Betriebe mit 2330 beschäftigten Personen, darunter 795 Arbeiterinnen. Der Löwenanteil der Bewegungen entfällt auf die Bäckereibetriebe. Hier wurden 33 Bewegungen abgeschlossen, die 1029 Betriebe mit 1552 Beschäftigten, darunter 140 Arbeiterinnen, umfaßten. Auch jetzt konnte wieder eine recht auffallend hohe Zahl von Lehrlingen in den Kleinbetrieben festgestellt werden. In zehn Fällen, wo mit den Unternehmerorganisationen Vereinbarungen getroffen wurden, beschäftigten 883 Betriebe neben 793 Gehilfen und 38 Arbeiterinnen 1037 Lehrlinge. Wenn auch gegenwärtig das Bäckergerwerbe als zugkräftiger Beruf für die jungen Leute angesehen werden kann, weil es da immer noch ein Stück Brot mehr zu essen gibt als anderswo und auch die Nachtarbeit nicht mehr in der siebentägigen Arbeitswoche in Frage kommt, so sollte sich in den Innungsfreien endlich die Einsicht durchdringen, daß die in keinem Verhältnis zu den beschäftigten Gehilfen stehende Lehrlingszahl dem Gewerbe nur Schaden bringen muß. Wo soll das hinführen, wenn alle, die in den Kriegsjahren als Bäcker lernten, später im Beruf ihren Unterhalt finden wollten. Selbst wenn ein gewisser Prozentsatz nicht mehr in die Heimat zurückkehrt, so läßt sich heute noch nicht für die Verbleibenden die Gefahr ausdenken, der sie durch die Heberfüllung auf dem Arbeitsmarkt infolge langer Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden.

In den Bäckereien erstreckten sich die meisten Bewegungen auf Einzelbetriebe. Hier wurden in 23 Fällen 146 Betriebe mit 619 Arbeitern und 102 Arbeiterinnen erfasst. Wir gewinnen also nachstehendes Bild: Lohnbewegungen wurden abgeschlossen:

In den Bäckereien, allgemeine, 10 in 883 Betrieben mit 798 Arbeitern und 88 Arbeiterinnen; in den Bäckereibetrieben 23 Fälle in 146 Betrieben mit 619 Arbeitern und 102 Arbeiterinnen; in der Süßwarenindustrie 10 Fälle in 11 Betrieben mit 123 Arbeitern und 655 Arbeiterinnen.

Die Ursache der Bewegungen waren in allen Fällen, wie auch schon eingangs bemerkt, Lohnforderungen. Es wurde erreicht: In den Bäckereien insgesamt wöchentlich M. 7453 oder im Durchschnitt pro Person und Woche M. 4,80; in der Süßwarenindustrie wöchentlich M. 2263 oder im Durchschnitt pro Person und Woche M. 8. Bei allen Bewegungen wurde wöchentlich an Lohnhöhen M. 9716 erreicht oder durchschnittlich pro Woche M. 4,17 pro Person.

Die Gesamtsumme der Lohnhöhen, auf das Halbjahr verrechnet, beträgt, inklusive einer einmaligen Zulage von M. 1380 für die Beschäftigten in einem Betriebe, Mf. 253 896 oder Mf. 109 mehr Lohnneinkommen pro Kopf.

Es ist nun zu prüfen, ob wir mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Das müssen wir verneinen. Es steht lange nicht im Vergleich zu den Preiserhöhungen innerhalb dieser Zeit. Folglich hat sich die Lebenshaltung unserer Kollegen und Kolleginnen noch mehr verschlechtert. Wie aber mag es erst dort aussehen, wo die Berufstätigen nicht organisiert sind und keinen Rückhalt besitzen, um Lohnforderungen durchsetzen zu können? Unsere oben erwähnte Statistik zeigt vielerorts geradezu trostlose Löhne. Wohl sagen wir: Schuld sind die Kollegen selbst. Warum organisieren sie sich nicht? Damit bessern wir aber nichts. Die Verbandsmitglieder selbst müssen mithelfen, daß wir auch die Fernstehenden für die Organisation gewinnen können.

In der letzten Zeit konnten wir sehr viele Eingaben der Bäckermeisterinnungen an die Kommunalverbände und sonstige Behörden lesen, in welchen die Erhöhung der Brotpreise begründet wird. Dabei wurde auf die ständige Steigerung der Löhne verwiesen. Sollte es da nicht möglich sein, bei solchen Anlässen auch auf die tatsächlich bezahlten Löhne zu zeigen und hierüber bei den in Frage kommenden Behörden Aufklärung schaffen? Wir haben doch das gleiche Recht, wie das die Bäckermeister zur Sicherung ihrer Existenz tun, daß auch wir gleichzeitig eine Regelung der Löhne beantragen und die Behörden um die Mithilfe bei der Festsetzung ersuchen.

In den Kreisen der Konsumenten mag infolge unseres Schweigens die Meinung blähen, daß die Geschäftlichkeit der treibende Teil der Preiserhöhung ist. Weil das nicht zutrifft, so müssen wir uns jetzt überall rühren und bei der Festsetzung der Brotpreise gleichzeitig das Existenzminimum für die Hilfswirtschaft sichern.

Wir stehen in nächster Zeit vor weiteren Aufgaben, die mit der Lohnfrage auf das engste in Verbindung gebracht werden müssen: die Weirückzug zusammenlegung, wie sie erneut wiederum vom Kriegsernährungsamt den Bundesstaaten empfohlen wird. Je weniger Betriebe aber noch zur Brotbereitung zugelassen werden, um so mehr wird die Arbeitskraft des einzelnen ausgenutzt. Wenn das Lohnneinkommen in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung steht, die menschliche Arbeitskraft durch die fortgesetzte Unterernährung erlahmt, dann nützen alle schon durchdachten Kriegsmassnahmen nichts mehr, weil sie infolge des Zusammenbruchs der menschlichen Arbeitskraft scheitern.

Die Behörden haben also mit das größte Interesse, wenn sie die Kriegsmassnahmen erfolgreich durchführen wollen, auch für die Beschäftigten in den Bäckereien die Löhne zum Existenzminimum festzusetzen.

Sagt es in der Süßwarenindustrie etwa anders? Nein! Auch hier sind die meisten Betriebe auf Lieferungen an die Generalverwaltung oder die Kommunalverbände eingestellt. Dort bleiben jedoch die Lohnhöhen noch unter denen in den Bäckereien, obwohl in dieser Industrie seit jeher der Verdienst weit hinter dem der Arbeiterchaft in den Bäckereien kam.

Die Grundbedingungen zur Durchsetzung unserer Pläne liegen immer wieder in einer starken Organisation. Und hierbei wollen wir an unsere Mitglieder die Frage richten: Hat ein jeder im ersten Halbjahr auch seine Pflicht getan und ein jedes Mitglied einen neuen Kämpfer für die Organisation gewonnen? Wohl arbeitet ein großer Teil unserer Mitglieder ständig für den Verband. Aber viele kümmern sich leider um nichts. Daß wir dabei alle leiden müssen, sehen wir an unsern Lohnneinkommen, das in keiner Weise mehr einen Vergleich mit den Preisen für die Lebensmittel aushalten kann. Das zweite Halbjahr muß daher bedeutend besser werden. Die Pflicht aller ist es, mitzuhelfen!

Der Kampf um den Brotpreis.

Eine von allen Berliner Innungen besuchte Versammlung, die kürzlich abgehalten wurde, nahm, wie wir der Weisheit annehmen, folgende Entschlossenung an:

Die am 20. Juli in den „Germania-Sälen“ zahlreich versammelten Bäckermeister und Bäckerfrauen von Groß-Berlin protestieren auf das entschiedenste gegen die bisherige Art und Höhe der Brotpreiserhöhung, welche ohne genügende Einwirkung von Sachverständigen unseres Rates und ohne genügende Berücksichtigung ihrer Existenzmöglichkeit geschah.

Ohne Beachtung der außerordentlich gestiegenen Herstellungskosten und der sehr teuer gewordenen Lebensmittelpreise man den Brotpreis fast ausschließlich auf den Mehlpriest auf. Viele Hunderte von Betrieben führen daher nur noch einen Verzweiflungskampf und müssen unterliegen, wenn die Art der Brotpreiserhöhung nicht geändert wird.

Die Gesellenlöhne des Bäckerverhandwerks sind die gebräuchlichsten im ganzen Handwerk, weil der geringe Gewinn einen besseren Lohn nicht zuläßt. Das Bäckerverhandwerk, dem die schwere Aufgabe der Schaffung und Verteilung des täglichen Brotes obliegt, kann diese in Treue und Ehren nicht erfüllen, wenn man ihm nicht die Existenzmöglichkeit dazu bietet.

Die Versammlung erwartet daher auf das bestimmteste, daß in Zukunft bei Berechnung und Festsetzung der Brotpreise die Sachverständigen in vollem Maße hinzugezogen werden und daß man den Gewinn des Bäckers der Herstellungs- und Zeiterhältnissen entsprechend heraufsetzt.

Damit haben, wie in andern Orten zum Teil schon früher, auch die Berliner Innungen den Kampf um einen höheren Brotpreis aufgenommen. Daß in vielen Bezirken die heutigen Brotpreise mit den Mehlpriest und sonstigen Herstellungskosten nicht mehr im Einklang stehen, ist eine Tatsache, und es ist zu verstehen, daß die Betriebe mit geringem Umsatz infolgedessen augenblicklich Schwierigkeiten haben. Trotzdem ist die Forderung nach höheren Brotpreisen unter den heutigen Verhältnissen noch lange nicht gerechtfertigt. Dazu ist die allgemeine Not zu groß! Die Meistler würden aber die Gesellen geschlossen hinter sich haben, wenn sie von den Kommunalverwaltungen die Herabsetzung des Mehlpriest fordern würden. Wertvoll ist jedoch für uns das Eingeständnis der Berliner Innungen, daß die Löhne der Bäckergehilfen die gebräuchlichsten im ganzen Handwerk sind. Das haben wir schon lange gewußt — leider sind aber die Meistler zu der Zeit, als ihnen noch ein größerer Verdienst am Brot blieb, nicht zu einem solchen Eingeständnis zu bewegen gewesen. Die Gesellen billigen dem Unternehmer immer den notwendigen Verdienst zu — mögen die letzteren das gleiche tun und immer danach handeln!

Und die Gesellen haben die heilige Pflicht, überall dort, wo jetzt den Innungen auf irgendeine Weise ein größerer Verdienst am Brote zugesprochen wird, unbedingt für eine Neuregelung der Lohnverhältnisse einzutreten. Sie haben zu verlangen, daß sie bei allen Festsetzungen hinzugezogen werden!

Die Uebergangswirtschaft in der Kakao- und Schokoladenindustrie.

W. Durch einen Entwurf des Reichswirtschaftsamtes wurden dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe die Grundlinien gegeben, die Deutschlands Versorgung mit Kolonialwaren in der Uebergangszeit regeln sollen. Für den Verkehr mit Kakaos und den daraus hergestellten Erzeugnissen soll, wie nunmehr beschlossen wurde, als Ueberwachungsstelle eine Kakao-Wirtschaftsstelle in Hamburg errichtet werden. Sie wird in zwei Teile zerfallen. Der eine — der Kakao-Einfuhrausschuß — wird die Beschaffung des Rohkakaos und der andere — der Kakao-Fabrikationsausschuß — die Herstellung und Verteilung der Erzeugnisse zu regeln haben. Der erste soll aus einem Geschäftsführer und zwölf Mitgliedern (sechs aus der Industrie und sechs aus dem Handel) bestehen; vier der Industriemitglieder werden dem Verbands Deutscher Schokoladefabrikanten und zwei der Vereinigung deutscher Zuckerwaren- und Schokoladefabrikanten entnommen. Die Handelsmitglieder sollen sich zusammensetzen aus zwei Importeuren, zwei Kakaohändlern, einem Vertreter der Kakao-Einkaufsgesellschaft und einem Kakaomakler. Der Frikationsausschuß wird gleichfalls zwölf Köpfe stark sein: einer vom Verband deutscher Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwarengroßhändler e. V., Frankfurt a. M., einer vom Reichsverband der deutschen Schokoladengeschäfte, Berlin, einer vom Verband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, einer vom Verband deutscher Feinkosthändler, einer vom Verband deutscher Konditoren, vier vom Verband deutscher Schokoladefabrikanten in Dresden und drei von der Vereinigung deutscher Zucker- und Schokoladefabrikanten in Würzburg. Neben diesem Ausschuß wird es noch einen Unterausschuß geben, der sich nur mit der Ein- und Ausfuhr ausländischer Fertigfabrikate zu befassen hat. Der Kakao-Wirtschaftsstelle wird außerdem als Vertrauensmann der Regierung ein Kommissar des Reichswirtschaftsamtes und ein Vertreter des Kriegsernährungsamtes beigegeben.

Der Grundgedanke des Planes ist also, die Einfuhr des Rohkakaos und der Halb- und Fertigfabrikate von einer Bewilligung abhängig zu machen und sie genau zu kontrollieren. Von Zeit zu Zeit müssen dann, dem verfügbaren Schiffsraum entsprechend und unter Berücksichtigung der jeweiligen Währung die Einfuhrkontingente festgesetzt werden. Zur Einfuhr sollen in der Regel nur solche Industrie- und Handelsfirmen zugelassen werden, die bereits vor dem Kriege Rohkakaos eingeführt oder verarbeitet haben. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Reichskanzlers. Für den Umfang der einzelnen Einfuhranteile der Fabrikanten sind die Verordnungen des betreffenden Betriebes in den Jahren 1913 und 1915 maßgebend; aber Einfuhren, für die weder Schiffsraum noch Valuta in Anspruch genommen wird, sollen nur zur Hälfte auf das zuteilende Kontingent in Anrechnung kommen. Eine Grenze ist aber auch hier gezogen: die Betriebe, die die volle Höhe der Friedensbeschäftigung erreicht haben, scheiden dann von der Einfuhrberechtigung aus. Ferner kann der Einfuhrausschuß dem Handel als erste Vorbedingung vorschreiben, daß der Kakao ohne Verzug der Industrie zur Verarbeitung zugeführt werden muß, während der Frikationsausschuß den Betrieben in bezug auf den Umfang und die Art der Verarbeitung des Rohkakaos besondere Verpflichtungen auferlegen kann. Eine Kontrolle wird dadurch herbeigeführt, daß die Zollstellen angewiesen werden sollen, Kakao nur auf schriftliche Anweisung der Kakao-Wirtschaftsstelle abzufertigen. Für den Einfuhrberechtigten besteht die Pflicht, die zur Einfuhr freigegebene Ware inländischen Firmen der deutschen Schokoladenindustrie zu einem Preise zu verkaufen, der dem vom Ausschusse festgestellten zuzüglich eines angemessenen Verdienstes nicht übersteigt. Ist eine Fabrik selbst einfuhrberechtigt, so hat sie so bald als möglich die Ware in das Zollinland einzuführen und zu verarbeiten.

Die ganze Regelung stellt also einen Mittelweg zwischen freiem Handel und Zwangswirtschaft dar, der in langen Verhandlungen zwischen den Interessenten gefunden wurde. Während der Handel von Anfang an danach strebte, so bald als möglich wieder frei schalten und walten zu dürfen, vertrat sich die Industrie größere Stetigkeit in bezug auf Preisgestaltung und Belieferung der Betriebe, wenn der ganze Verkehr mit Kakao einer gewissen Gebundenheit unterworfen würde. Die Regierung hatte von vornherein diesen Standpunkt vertreten, ja, ihre Absichten gingen anfänglich wohl noch weiter als die der Industrie. Der

„Gordian“ nennt die jetzt getroffene Regelung ein „Gerüst, starr und unsichtig aufgebaut, so daß alle Instanzen vertreten sind und zu ihrem Rechte kommen.“ Soweit die „Händler“ und Unternehmerinteressen in Frage kommen, kann man sicher diesem Urteil zustimmen. Hoffen wir, daß die Kakao-Wirtschaftsstelle überhaupt erst einmal in wirksamer Funktion tritt, damit auch die zahllose Arbeiterchaft der Kakao- und Schokoladenindustrie endlich wieder besseren Tagen entgegensehen kann. Ihre Interessen gegenwärtig auch schon vorausschauend irgendwie regeln zu wollen — daran denkt natürlich weder das Unternehmertum noch die Regierung; das muß die Arbeiterschaft selbst in die Hand nehmen. Zu wünschen bleibt nur, daß dieser Arbeitergruppe durch die bitteren Erfahrungen der Kriegszeit die Augen darüber gründlich geöffnet worden sind, auf welche Weise sie ihre traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu ändern in der Lage ist.

Wie können wir unsere Beiträge niedriger gestalten?

Unser letzter Verbandstag war vor die Notwendigkeit gestellt, die Beiträge zu erhöhen. Die Notwendigkeit galt nicht der augenblicklichen Lage, sondern der Vorsorge für die kommenden Verhältnisse. Darum haben alle, die in weitestgehender Weise die Dinge sahen, wie sie kommen werden, auch der Dringlichkeit der Beitragserhöhung das Wort geredet. Daß die Begründung zur Erhöhung der Beiträge eine richtige war, zeigt sich schon darin, daß selbst Gegner jeder Beitragserhöhung für sie gestimmt haben. Der Ausblick auf das Kommende bewirkte einstimmige Annahme der Beitragsregulierung auf dem Verbandstag. Daraus erhellt wohl zur Genüge, daß die Begründung für erhöhte Beiträge von durchschlagender Wirkung gewesen ist. Diese hier nochmals zu streifen, erübrigt sich; in unserm Organ ist bereits genügend darüber geschrieben worden, und wer die rege Aussprache, die auf dem Verbandstag darüber gepflogen wurde, nachlesen will, findet sie im Verbandsprotokoll niedergelegt.

Nun ist es richtig: Eine Beitragserhöhung, mag diese noch so notwendig sein und auch allerorts als dringend anerkannt werden, pflegt doch sehr wenig Freude bei den Mitgliedern auszulösen. Jedoch von der Freude, die die Mitglieder über die Beiträge haben oder nicht haben, kann der Verband nicht existieren, können nicht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden, wenn es andererseits auch nicht ohne Belang für die Werbestraft des Verbandes ist, ob die Mitglieder mehr oder weniger mitgestimmt sind. Ein Verband kann ebensowenig ohne Beiträge existieren wie ohne die Mitarbeit der Mitglieder. Beides muß er haben und sich erhalten. Solange aber die Mitgestimmten eine Einzel- oder lokale Erscheinung sind, solange wäre es verkehrt, ja ein großer Fehler, diesen Mitgestimmten Rechnung tragen zu wollen. Es gibt nun einmal Menschen, denen jeder Beitrag zu hoch ist. Unsere Beiträge sind Staffelbeiträge; sie gewährleisten, daß die Verteilung der Lasten eine gerechtere ist. Wer wenig verdient, soll weniger, wer mehr verdient, soll einen höheren Beitrag zahlen. Freilich, der Gipfel der gerechten Verteilung ist die Staffelung noch nicht, jedoch gewiß viel gerechter, als wenn bei den grundverschiedenen Löhnen nur eine oder zwei Beitragsklassen vorhanden wären. Mitglieder, die mit der Beitragsstaffelung nicht einverstanden sind, müssen aber wohl, so darf man annehmen, dafür etwas Besseres, Gerechteres haben. Da innerhalb unseres Verbandes jedes Mitglied Freiheit in Rede und Schrift hat, so wäre es doch sehr zweckmäßig, wenn solche Mitglieder mit bestimmten Vorschlägen kommen würden. Ist es etwas Gutes, so können sie verifiziert sein, daß es sich Bahn brechen wird. Solange aber keine Vorschläge gemacht werden, kann man mit Recht behaupten, daß unsere Verbandsbeiträge wirklich so beschaffen sind, daß sie die Zustimmung aller Mitglieder finden können.

Falsch von vornherein ist die Einwendung, andere Verbände hätten niedrigere Beiträge, darum könne auch in unserm Verband der Beitrag ein geringerer sein. Daß andere Verbände jähmt, braucht noch lange nicht für unsern Verband das Richtige zu sein. Was jenen von Nutzen ist, kann uns zum Schaden werden. Und was wird dadurch bewiesen, daß man diese und jene Verbände anzählt, die noch nicht die Beitragshöhe wie wir haben? Nur, daß das Mitglied, das sich in solchen Ausführungen ergeht, herzlich wenig von dem versteht, was es verstehen will. Es mutet eigenartig an, nur dann andere Verbände als Vorbild und Beispiel angeführt zu hören, wenn es dort weniger Beitrag oder höhere Unterstützung gibt. Warum forscht man aber nicht auch einmal bei den anderen Verbänden nach, wie dort die Mitglieder für ihren Verband arbeiten und führt dies den Mitgliedern unseres Verbandes nachdrücklich vor Augen? Das wäre eine nützliche und dankbare Arbeit!

Zu jenen Mitgliedern, denen jeder Beitrag an und für sich zu hoch ist, gesellen sich leider auch solche, die, obwohl schon lange organisiert, sich in den falschen Wahn versetzt haben, daß sie für ihre Person gegen eine jede Erhöhung der Beiträge sein können oder müssen, weil sie nur selten in die Lage veretzt werden, von ihren gewerkschaftlichen Rechten Gebrauch zu machen. Ihr Arbeitsverhältnis ist durch laufende Tarifverträge so beschaffen, daß Arbeitslosigkeit wenig zu befürchten ist und ein Streit wenig oder gar nicht in Betracht kommt. Ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind auf längere Zeiträume geregelt. Gewiß ein Vorteil, den man allen Arbeitern nur wünschen könnte, wenn auch, was wir ausdrücklich hervorheben wollen, die Tarife nicht etwa immer schon so gestaltet sind, daß man sich mit ihnen zufrieden geben könnte. Nein, bei weitem nicht; so sehen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch unter diesen Tarifen wirklich noch nicht aus. Jedoch ist zu bedenken, daß die Tarife notgedrungen im Rahmen der allgemeinen beruflichen Verhältnisse aufgebaut werden mußten und jede wesentliche Verbesserung eine vorherige Erweiterung des Rahmens der allgemeinen beruflichen Verhältnisse bedingte. Die laufenden Tarife bringen es aber, wie gesagt, mit sich, daß die ihnen unterliegenden Kollegen selten in die Lage kommen, die Rechte des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Daraus jedoch zu folgern, die Beiträge seien

für sie zu hoch, spricht denn doch von einer allzu geringen gewerkschaftlichen Schulung und Ueberzeugung. Wird es auch nicht zugestanden, so ist es doch Tatsache, daß, wenn solche Mitglieder unter sich sind, der eine dem andern nicht allzuviel gewerkschaftliche Ueberzeugung zutraut. Der Hinweis auf die zu hohen Beiträge gegenüber den, wenig in Frage kommenden Rechten, stellt sich als nichts weiter heraus, als eine schöne Ausrede, um die notwendige Mitarbeit zu verweigern, und als das Eingeständnis, daß das solidarische Gefühl abgestorben ist. Gingen werden alle Mitglieder, die fast täglich um ihre Arbeit ringen und sich jede geringe Verbesserung erst erkämpfen oder Verschlechterungen immerfort abwehren müssen, mit gesundem Recht behaupten, daß gerade diese Mitglieder, die dies nicht mehr brauchen, die höchsten Beiträge willig zahlen müßten.

Jedes Mitglied, so sagt unser Statut, soll nach seinem Verdienste Beiträge zahlen. In letzter Nummer war schon ausdrücklich darauf hingewiesen. Leider gibt es aber auch hier noch immer eine große Anzahl Mitglieder, die diesen ihren Pflichten nicht nachkommen. Daß sich dabei die Mitglieder selbst schädigen, wird ihnen meist gar nicht bewußt. Von den höheren Unterstützungen, die bei höheren Beiträgen gezahlt werden, soll hier gar nicht nochmals die Rede sein. Obwohl auch hier oft die Tatsache zu verzeichnen ist, daß man sagt, auf die höhere Unterstützung rechne ich gar nicht — bis man dann, wenn man Unterstützung bezieht, gewöhnlich der Meinung ist, die Unterstützung könnte doch viel höher sein. Aber die Zahlung der Beiträge in der Höhe wie sie dem Verdienste entspricht, das ist, wie nochmals ganz besonders betont werden muß, für jedes Mitglied eine Pflicht, die unbedingt zu erfüllen ist. Wie oft werden hier und dort die Löhne verbessert, einzig und allein durch die Mitwirkung der Organisation. Ist dann ein höherer Verdienst erzielt, dann gilt es auch, dem Verbands zu geben, was dem Verbands gebührt. Ohne die Mitwirkung der Organisation ist heute überhaupt nichts mehr zu erreichen. Direkt oder indirekt ist es immer die Mitwirkung des Verbandes, die erst bessere Verhältnisse schafft. Wie man dem Verbands gegenüber seine Rechte kennt und diese mit allem Nachdruck beansprucht, so sollte jedes Mitglied ohne Ausnahme sich auch aller Pflichten bewußt sein. Rechte und Pflichten sind im Statut festgelegt; das eine ist nicht ohne das andere denkbar. Die Staffelpflicht ist nicht nur für eine bestimmte Anzahl Mitglieder geschaffen, sondern haben für alle Gültigkeit, wie auch die Rechte für alle Mitglieder Gültigkeit haben.

Der Wunsch, möglichst niedrige Beiträge zu zahlen, ist allerdings kein unberechtigter, sondern sogar ein sehr lobenswerter und müßte von allen Mitgliedern beherzigt werden. Die Höhe des Beitrages drückt sich aber nicht in der Menge der gezahlten Mittel aus, sondern sie steht im Verhältnis zu der Leistung, was der Beitrag dem Mitgliede einbringt. Von dieser Seite die Frage beleuchtet, wird es klar, daß ein 60-3-Beitrag teurer zu stehen kommen kann als ein Beitrag zu M 1,30. Immer ist die Frage aufzuwerfen: Was kann ich mit dem Beitrag erreichen? Erreicht ich mit 60 3 Beitrag nichts, so gestattet er sich für mich teurer als ein Beitrag von doppelter Höhe, mit dem ich in der Lage bin, die Lohnverhältnisse zu verbessern. Allgemein ist es klar, je besser eine Organisation finanziert ist, um so leistungsfähiger ist sie. Da ist schon fürs erste das Vertrauen zum Verband ein viel größerer. Eine gute Verbandskasse ermöglicht eine größere Werbekraft, flößt dem Unternehmer größere Achtung ein und gibt den Mitgliedern größeren Rückhalt. Bei Streiks und Aussperrungen kann die Unterstützung erhöht oder verlängert werden. Kurzum eine gut fundierte Verbandskasse gibt die Gewähr, daß die dem Verband angeschlossenen Mitglieder viel eher in der Lage sind, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, als mit einer schlechtstehenden Kasse. Je höher also der Beitrag, um so eher wird ein Verband in der Lage sein, die Lebensverhältnisse seiner Mitglieder zu verbessern. Der höhere Beitrag bringt den Mitgliedern sicher in kürzerer Zeit Erfolge als ein niedriger. Da ich aber durch Lohn-erhöhung mein Einkommen verbessere, so setzt sich der hohe Beitrag damit auch prozentual meinem Verdienst gegenüber herab. Somit habe ich durch den höheren Beitrag nur gewonnen. Aber das ist nicht allein der Nutzen der höheren Beiträge, sondern durch die Bessergestaltung der Lebensverhältnisse, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Abschluß von Tarifen und Gesundung der Arbeitsnachweise wird die Zahl der Arbeitslosen und Kranken eine geringere, und dadurch spart wiederum der Verband und der Gewinn gereicht zum Vorteil aller Mitglieder. Was der Tatsache aber, daß, wenn sich meine Lebenslage hebt, sich dann der Beitrag um so niedriger gestaltet, sollte jedes Mitglied die Nutzenwendung ziehen. Sie liegt in der persönlichen Werbearbeit!

Wir sagen: Wo keine Mitarbeit der Mitglieder, da ist eine schwache Organisation, und darum keine Möglichkeit, die Lebensverhältnisse zu verbessern. Wir sagen weiter: Regere Mitarbeit der Mitglieder bedeutet eine starke Organisation und baldige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse! In der Mitarbeit der Mitglieder also liegt die höchste Verzinsung des gezahlten Beitrages. Die Mitarbeit schafft dem Mitgliede keine Ausgaben, bringt ihm aber Erfolge. Mitglieder, die nichts weiter machen, als Beiträge zahlen, auch wenn sie dies jahrein, jahraus pünktlich und gewissenhaft tun, sind trotzdem schlechte Haushalter mit ihrem Beitrag. Wenn von 1000 Berufsangehörigen nur 100 organisiert sind, so ist trotz des höchsten Beitrages ein Erfolg nicht möglich. Der Erfolg ist aber sicher, wenn bereits 750 dem Verbands angehören. Die Zeit, bis eine solche Zahl organisiert ist, kann aber eine längere oder längere sein. Danach richtet sich dann die Zahl der Beiträge, die je nach der Zeit eine größere oder geringere Summe Geldes ausmacht. Das Ziel, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, wird je eher erreicht, je eher es gelingt, die Mehrzahl der Berufsangehörigen für den Verband zu gewinnen, und um so weniger brauche ich bis zu diesem Zeitpunkt Beiträge zu zahlen. Durch die Möglichkeit eines baldigen oder späteren Erfolges können sich also höhere Beiträge als die niedrigeren und geringere als höhere erweisen. Die Zeitdauer bis zum Erfolg wertet die Beiträge um. Diese Tatsache müßte alle Mitglieder zur Mitarbeit zwingen!

Versammlungen, Besprechungen, Flugblätter sind Mittel, die Fortschreitenden für den Verband zu gewinnen.

Diese Agitation allein kann es aber nicht tun. Was nützt das schönste Flugblatt, wenn es nicht gelesen wird, und was der beste Redner, wenn die Mitglieder nicht in die Versammlung kommen, um ihn zu hören. Müßte sich die Organisation allein auf diese Mittel verlassen, so würden lange Jahre vergehen, ehe es gelingen würde, die Mehrzahl der Kollegen zu gewinnen. Anders gestaltet sich die Sache sofort, wenn jedes Mitglied selbst das Nötige tut, wenn es ein werbendes und nicht nur ein zahlendes Mitglied ist, wenn überall in geschickter Weise von Mund zu Mund unter den Berufsangehörigen auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen wird. Freilich, mit der fortwährenden Frage, ob man bald dem Verband beitreten wolle oder warum man dies nicht wolle, wird man nur erreichen, daß die Unorganisierten einen weiten Bogen um einen herum machen, um dieser ewigen Frage auszuweichen. Aber eine Agitation von Mund zu Mund, mit Geduld und Geduld ausgeführt, wird immer Erfolg haben. Dann wird auch das neugewonnene Mitglied wieder werben und so die rege Mitarbeit Früchte tragen. Die Früchte sind schnelle und gründliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wo aber die Mitarbeit fehlt, wo die Mitglieder glauben, das ihrige getan zu haben, wenn sie nur die Beiträge zahlen, werden die Erfolge auf Jahre hinausgerückt sein.

Zusammenfassend nochmals: Die Höhe, der Wert eines Beitrages drückt sich nicht allein in einer bestimmten Summe von Pfennigen aus, sondern in erster Linie in dem Erfolg, den der Beitrag den Mitgliedern bringt. Der Erfolg wiederum kann ein größerer oder geringerer, kann ein baldiger oder späterer sein. Er wird ein geringerer oder späterer sein, je schlechter die Klassenverhältnisse des Verbandes und je geringer die Zahl der Mitglieder sind. Der Erfolg wird um so größer sein und um so zeitiger eintreten, je mehr Geld die Verbandskasse hat und je höher die Zahl der Mitglieder ist. Diese Wertung der Beiträge liegt aber allein in dem Willen der Mitglieder, der sich durch eifrige Mitarbeit ausdrückt. Die Mitarbeit, andere von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, wird um so leichter, je mehr und je tiefer ein Mitglied selbst überzeugt ist. Das beste Ueberzeugungsmittel wiederum ist ein gutes Vorbild.

Resultat der Stichwahl für den Beirat.

Bei der am 11. August in den Zahlstellen der Bezirke Berlin, Magdeburg und Halle stattgefundenen Stichwahl für den Vertreter in den Beirat wurden 368 Stimmen abgegeben.

Gewählt wurde Paul Müller, Magdeburg, mit 231 Stimmen; auf Hermann Viele, Halle, entfielen 130, und fünf Stimmen waren ungültig. A. Laues, Wahlleiter.

Vorarbeiten.

Weshalb die Brotfabrikanten und auch teilweise die Genossenschaften für ihre Bäckereien die Vorarbeiten einzuführen bestrebt sind, darüber sind wir einig. Die Gründe habe ich schon in einem früheren Artikel dargelegt. Ich weiß bestimmt, daß einmal die Zeit kommen wird, wo man froh ist, ohne Vorarbeiten auskommen zu müssen, vorausgesetzt, daß im Plenum des Reichstages ein dahingehender Beschluß gefaßt wird, was hoffentlich der Fall sein wird.

Mit den Brotfabrikanten, wie überhaupt mit den privaten Großbäckereibehaltern noch ein Wort darüber zu verlieren, hieße Wasser in den Rhein gießen. Nur einmal sei ihnen gesagt, daß man genau weiß, daß sie die Vorarbeiten nur als Mittel zum Zweck haben wollen. Ihr Kampf für die Vorarbeiten ist nur eine Maske. Sie wollen damit das Nachbatterbot durchlöchern, wie ich früher schon sagte. Heute möchte ich nun auf die Behauptung, man könne kein gutes Brot backen, wenn die Sauer nicht in der Nacht gestellt werden, eingehen und an der Hand meiner Erfahrungen das Gegenteil zu beweisen suchen.

Wenn diese Behauptung wahr sein sollte, dann kann ich nicht begreifen, wie die Konsumenten bis jetzt das Brot essen konnten, ohne Schaden zu nehmen. Daß das Brot nicht schmeckt wie im Frieden, bestreitet niemand. Daß daran aber das Stellen der Sauer am Abend Schuld haben soll, wird auch niemand behaupten können. Jedenfalls gibt es sehr viele Bäckereien, die am Vormittag noch weiterlaufen müssen. Will man denn behaupten, daß dieses Brot von Vormittagsauer besser schmeckt? Keineswegs! Das weiß heute bald jeder Laie, daß an dem verschiedenartigen, verschieden schmeckenden und verschieden beförmlichen Brot die vielsartigen Streckungsmittel schuld sind, die in jeder Woche, ja oft an einem Tage wechseln. Wenn wir erst von reinem Roggenmehl, und sei es hundertprozentig ausgemahlen, wieder Brot backen können, dann fallen alle Behauptungen der Vorarbeitsapostel in sich zusammen.

Rezepte zur Brotbäckerei zu veröffentlichen, halte ich für überflüssig. Da wird jeder Betriebsleiter, wenn er ein tüchtiger Bäcker ist, sich selbst zu helfen wissen. Man muß unbedingt annehmen, daß es Bäckereileiter gibt, die das Pulver nicht erfunden haben, sonst könnten sich ihre Arbeitgeber nicht so auf die Vorarbeiten festbissen.

Ein Rezept möchte ich aber doch zum besten geben, und zwar aus folgendem Grunde: Es wurde einmal behauptet, ich weiß nicht mehr wo und wann, die gesamte Bäckereimannschaft habe des Morgens bei Arbeitsbeginn nichts zu tun, wenn nicht vorher Teig zum Aufmachen fertiggestellt sei. Ich frage: Ist es denn nötig, daß sämtliche Leute zu gleicher Zeit antreten? Gar nicht nötig. Erstens wird in jeder größeren Bäckerei des Morgens ein Vorrat von Brot sein vom Tage vorher, so daß der Transport keinen Aufschub erleidet, der Antreiber also nicht nötig hat, auf warmes Brot zu warten. Will man aber absolut nur warmes Brot verschicken oder will man unbedingt die gesamten Bäcker zu gleicher Zeit beginnen lassen, so gibt es auch da einen gangbaren Weg. Wo ein Wille ist, ist immer ein Weg.

Da habe ich folgendes Rezept ausprobiert: Man stelle am Abend einen genügenden Vorrat an Teig fertig. Da schüttelt wohl mancher ungläubig den Kopf. Ich erzielte von 110 Liter kaltem Wasser, 650 Gramm Sauer, 4 1/2 Pfund Salz, reinem Roggenmehl ohne Zusätze, steamer Teig, ein

lockeres, wohlschmeckendes Brot. Der Teig stand zwölf Stunden in einem kühlen Raum. Hat man letzteren nicht zur Verfügung, daß der Teig wärmer steht, so verringert man den Saueraufschlag.

Also, meine Herren, es ist nichts unmöglich. So wie es der Großvater machte, muß es der Enkel nicht auch machen. Brechen wir mit so vielem Ueberbrachten, wir werden bei einigem guten Willen vieles erreichen zum Nutzen der Gesamtheit!

Heinrich Meiser, Brandenburg.

Verbandsnachrichten.

Quittung.

Vom 12. bis 17. August gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Juli: Mülhausen i. El. M. 65,80, Hensburg 125,70, Frankfurt a. M. 601,75, Gera 67,60, Oiegen-Weglar 28,05, Spremberg 11,25, Girschberg 86,40, Nürnberg 885,42, Regensburg 151,40, Marktreuth 14,30, Schweinfurt 27,75, München 1196,10, Solingen 49,15, Eberfeld 293,93, Lüdenscheid 87, Halle 441,80, Chemnitz 465,71, Zwickau 87,65, Meissen 26,55, Remscheid 42, Stettin 184,17, Bayreuth 55,65, Schmöln 16,50, Altenburg 50,81, Herford 298,62, Leipzig 643,79, Oldenburg 36,80, Stuttgart 295,70, Ehlingen 25, Brandenburg 69,05, Meuselwitz 63,15, Cassel 126,75, Bielefeld 272,95, Allfringen 88,75, Grefeld 84,76, Forst in der Lausitz 22,25, Haderleben 10,85, Grimmitzschu 23,65, Augsburg 26,05, Dortmund 126,34, Kiel 253,80, Weismasser 10,95, Jena 42,50, Leisnig-Obeln 50,85, Breslau 446,65, Bielefeld 45,25, Berlin 2838,71, Dresden 1785,85.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. G. Crottendorf M. 18.

Für Abonnements und Annoncen: O. H. Hagen M. 5, Fr. Sch. Fürstenwalde 4,20, Nürnberg 11,70, Regensburg 5,70, München 22,80, Cassel 3,60, R. M. Hamburg 42,75.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Halle M. 6, Altenburg 3, Bielefeld 12.

Für Protokolle vom Verbandstag: Mülhausen M. 4, Girschberg 5, Nürnberg 20, Eberfeld 7,20, Lüdenscheid 3, Chemnitz 6, Herford 4,80, Leipzig 24, Remscheid 5, Stuttgart 35, Bielefeld 12, Cassel 6, Breslau 5.

Mit der Hauptkasse restieren für Juli: Braunschweig, Colmar, Danzig, Garburg, Hildesheim, Jöhoe, Kaiserlautern, Karlsruhe, Königsberg, Pöbnitz, Vörrach, Mannheim, Plauen i. V., Rosenheim, Sagan-Sorau, Straßburg, Darmstadt, Weisensfeld, Zeitz und Striegau.

Abrechnung ohne Geld gefandt: Osabrück. Geld ohne Abrechnung gefandt: Freiburg und Sonneberg. Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Sterbetafel.

Elberfeld-Barmen. Heinrich Wienes, Bäcker.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Chemnitz. W. Lindemann (Zwickau), Bäcker, 30 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Dresden. Gustav Storch, gefallen.

Bezirk Halle a. d. S. Franz Titz, Bäcker, 30 Jahre alt, gefallen im Juli.

Bezirk Leipzig. Gustav Püchel, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Die Firma Gebrüder Schubert, Halle a. d. S., besserte den Lohn sämtlicher Bäcker am 15. Juni um M. 3 wöchentlich auf, so daß er nunmehr bei den Bäckern M. 44,60 bis 47,95, bei den Schichtführern M. 52 beträgt.

In der Mannheimer Brotfabrik von Hennig & Sprickerbach wurde in Verhandlungen mit der Organisationsleitung der Mindestlohn um M. 4, von M. 42 auf 46, wöchentlich erhöht. Sämtliche beschäftigten Kollegen erhielten diese Zulage. Die Ueberstunden werden nunmehr den höheren Löhnen entsprechend vergütet.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Vörrach. Am 28. Juli fand in Steinen eine gut besuchte Bezirksversammlung der in den Genossenschaften tätigen Angehörigen statt. Kollege Langenbacher gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf des Tarifkampfes und die Verhandlungen. Allgemeines Befremden erregte die Bekanntgabe des Beschlusses des Tarifamtes vom 17. Juli 1918. Nach reger Aussprache nahm die Versammlung folgende Entschlieung an: „Die heute in Steinen tagende Versammlung der Angehörigen in den Genossenschaften nahm Kenntnis von dem Beschluß des Tarifamtes vom 17. Juli 1918. Die Versammelten sprechen ihre Mißbilligung gegen den Beschluß insofern aus, als derselbe ein reines Entgegenkommen den Genossenschaften gegenüber bedeutet. Man hätte von den Genossenschaftsvertretern erwarten dürfen, daß sie den Genossenschaften die Einhaltung des Beschlusses zur Pflicht gemacht hätten.“ Gerade die Genossenschaftsangehörigen hätten infolge ihrer langen Arbeitszeit und der sich immer mehr erdmerenden und aufreibenden Warenverteilung eine Verbesserung ihrer Lage notwendig. Auch steht die Erhöhung der Zulage in keinem

* Das ist auch durch den Beschluß des Tarifamtes geschehen. Die Red.

Verhältnis gegenüber Beschäftigten, die für Stibaturunternehmer gefällt wurden.

Weiter wurde beschlossen, die mit dem Bezirkskonsumverein vordräng schon längst geführten Verhandlungen wegen einer fünfprozentigen Zulage zu den bisher gewährten Feuerungszulagen ab 1. Mai weiterzuführen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Im gelben Bäckerbüchlein versucht einer von denen, die nicht alle werden, sich gegen unsere mit den Genossenschaften getroffene Vereinbarung bezüglich der Erhöhung der Feuerungszulagen zu reiben.

Polizei und Gerichte.

Stadtverordnete als Mehlstieber. (Ein Jahr zehn Monate Gefängnis und 19 000 Geldstrafe.) Vor dem Landgericht Aurich wurde der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die Wilhelmshavener Mehlstieber verhandelt.

Internationales.

Die Budapester Bäckerarbeiter haben im Juli die Vertretung ihrer Arbeitgeber Lohnforderungen gestellt, und zwar fordern sie eine Erhöhung des Lohnes um 35 bis 40 pZt.

Keine Beitragsreste!

Arbeiter berührenden Fragen, wie Organisationsfreiheit, Arbeitsleistung, Lohnfragen, Behandlung, künftighin günstige Erledigung finden werden.

Genossenschaftliches.

Unser Reichstaxi für die Genossenschaftsbäckereien hat anerkannt der Konsumverein Neuselbach. Der Tarifgemeinschaft sind nunmehr 225 Genossenschaften mit 1860 beschäftigten Personen beigetreten.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Vorratschädlinge und ihre Bekämpfung. Die durch den Krieg verursachte Knappheit der Nahrungs- und Futtermittel erheischt die sorgsamste Pflege aller Bestände in Speichern, landwirtschaftlichen Betrieben und Haushaltungen.

Die Stachelhäwne.

Eine Gesellschaft Stachelhäwne drängte sich an einem kalten Wintertage recht nahe zusammen, um sich durch die gegenseitige Wärme vor dem Erfrieren zu schützen.

Spätestens am 24. August ist der 35. Wochenbeitrag für 1918 (25. bis 31. August) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 25. August:
Jümenau: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Rüstingen-Wilhelmshaven: Bei Buddenberg, Rüstingen I, Peterstr. 86. — Saarbrücken 3: 5 Uhr, Bleichstr. 6.

Mittwoch, 28. August:
Hamburg-Altona: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, 1. September:

Dortmund: 8 Uhr bei Schloßmacher, Steinstraße. — Duisburg: Vorm. 10 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Neunkirchen (Saar): 5 Uhr, Wellenweide, Straße 88. — Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei Müller, Lohstraße. — Suhl: 3 Uhr in „Dombergs Ansicht“.

Anzeigen.

Gesangverein Morgenraun, Berlin.
Als drittes Opfer des Weltkrieges in diesem Jahre fiel unser treues Mitglied, der Sangesbruder
Hugo Wraske
im Alter von 19 Jahren.
Trotz seiner Jugend war er ein treues und pünktliches Mitglied.
Schlafe wohl, du junger Freund!
Der Vorstand.
[M. 7,50]

Vanillin
Zimtöl
Pfefferminzöl
Zitronenöl
Mandelöl
zum Selbstverbrauch kauft
Otto Müller, Leipzig
Kurprinzstraße 8.
[M. 10]

Bäckereieinrichtung,
komplett, zwei Backöfen mit sämtlichem Zubehör sowie Badeneinrichtung; alles gebraucht. Einzelverkauf findet nicht statt. Besichtigung erbeten. Anfragen erbitet
Lüdecke, Hagen i. Westf.,
[M. 5] Elberfelder Straße 31, 3. Et.

„Kuchenrutisch“
bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probefilo M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen!
Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telephon 2290.

Extrakte, Essenzen, Farben.
Mandelextrakt à Silo M. 65
Apfelsinenchaleextrakt " " 30
Himbeerextrakt " " 25
Rosenextrakt " " 40
Vanilleextrakt " " 45
Butteraroma " " 40
Probefendung von obigen sechs Sorten je ein viertel Silo M. 65, je ein achtel Silo M. 34
exklusive Küchlein ab Leipzig.
[M. 8] **Gigelpulver, Gigelb (flüchtig),**
alle andern Extrakte laut Spezialpreislifte empfehlen
Liebing & Co., G. m. b. H.,
Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telephon 2290.

Zitronensaft.
Marke „Zitronen-Blüte“.
Qualitäts-Produkt aus reinen Messinafrüchten unter Mitverwendung von Zitronensäure und Aroma etc., vollständig rein und aromatisch schmeckend wie reine Zitronenfrüchte.
Unentbehrlich für alle Konditoreien.
Kann noch in Demijohns von 10 Litern an aufwärts abgegeben werden. Zitronensaft wird gesüßt, leicht angesüßt und ungesüßt geliefert.
Aufträge erbitet sofort: [M. 28]
„Lloyd“ Nahrungsmittel- und Getränke-Industrie
Devese-Hannover.
Angestellte ca. 200. Niederlagen an 2000 Plätzen Deutschlands.